

Grossbritannien Expremier Tony Blair verteidigt Irak-Krieg vor Untersuchungsausschuss

«Mein Entscheid war richtig»

Der ehemalige Premier Tony Blair hat gestern vor der britischen Irak-Kommission den umstrittenen Krieg aus dem Jahr 2003 entschieden verteidigt. Fehler bei sich sieht er kaum.

Niels Anner, Cambridge

Im Zentrum der ersten öffentlichen Befragung Blairs zum Irak-Krieg im Jahr 2003 standen bis heute brennende Fragen: Hatte Blair die Öffentlichkeit falsch informiert über die Bedrohung durch Saddam Husseins angebliche Massenvernichtungswaffen? Hatte er US-Präsident Bush militärische Unterstützung zugesichert, bevor das britische Kabinett und das Parlament ihre Meinung sagen konnten? War der Angriff nach internationalem Recht legal?

Seine Antworten gab Blair der fünfköpfigen Irak-Kommission gestern aus einer selbstsicheren Verteidigungsposition. War er am Anfang noch sichtlich nervös, zitterte, als er sich ein Glas Wasser einschenkte, fand der eloquente 56-Jährige bald zu seinem Stil. Mit Formulierungen, die zum Teil eingetübt wirkten, und heftigen Gesten machte er klar, dass er den Krieg und die Entscheidungen, wie es dazu kam, «nach wie vor richtig» hält. Oft ging er über Details hinweg, um das grosse Ganze ins Bild zu rücken. Für Worte des Bedauerns blieb kein Platz, auch nicht angesichts dessen, dass Angehörige von gefallenen Soldaten hinter ihm im Raum sass.

«Angriff auch auf uns»

Blairs Hauptargument: Saddam sei immer ein bedrohliches «Monster» gewesen, doch 9/11 habe die Lage markant

Frankreich Staatsanwaltschaft will Berufung De Villepin bleibt im Visier

Einen Tag nach dem Freispruch von Expremier de Villepin legt die Staatsanwaltschaft Berufung gegen das Urteil ein. Auf Weisung des Élysées?

Stefan Brändle, Paris

Das Duell an der französischen Staatsspitze geht weiter. Und dies auf die gewohnt gehässige, ja hasserfüllte Art. Staatsanwalt Jean-Claude Marin kündigte gestern auf der Radiostation Europe 1 an, er werde gegen das erstinstanzliche Urteil in der Clearstream-Affäre Berufung einlegen. Zu viele Punkte seien unklar, meinte er; wenn man den Argumenten des Gerichtes folge, wäre eine Verurteilung die logische Folge gewesen. Der ehemalige Premierminister Dominique de Villepin war am Vortag vom Vorwurf freigesprochen worden, eine Rufmord-Affäre inszeniert zu haben, um seinen politischen Widersacher Nicolas Sarkozy mit einer gefälschten Bankkonto-Liste anzuschwärzen.

Direktes Weisungsrecht

Der französische Präsident Sarkozy, der im Prozess als Zivilkläger aufgetreten war, hatte am Donnerstag selber auf eine Berufung verzichtet. Villepin ist aber überzeugt, dass der Staatschef hinter dem Berufungsentscheid des Staatsanwalts steckt. In Paris hat das Justizministerium ein direktes Weisungsrecht an die Staatsanwälte. Dieses Prinzip widerspricht zwar der Gewaltentrennung, wird aber von französischen Staatspräsidenten immer wieder benützt. Sarkozys Autorität über seine Justizministerin Michèle Alliot-Marie steht zudem ausser Frage. Staatsanwalt Marin machte selbst klar, wie politisch sein Vorgehen ist, indem er die übliche Diskretion der



Blair-Gegner forderten gestern vor dem Gerichtsgebäude in London «Gefängnis für Tony». (epa)

verändert. «Das war nicht nur ein Angriff auf die USA, sondern auch auf uns.» Zwar sei Saddam, anders als es die Amerikaner behaupteten, nicht in die Terroranschläge involviert gewesen. Aber es sei klar geworden, dass ein grausames Diktator-Regime mit Massenvernichtungswaffen, das sich um UN-Resolutionen focht, nicht mehr geduldet werden konnte. Blair sagte, Saddam hätte ohne die Invasion 2003 das Know-how gehabt, seine Waffen weiterzuentwickeln und weiterzugeben, auch ein längerer Einsatz von UN-Inspektoren hätte nichts gebracht. «Wir konnten das Risiko

nicht auf uns nehmen.» Zur Rechtmässigkeit des Angriffs präsentierte Blair eine neue Argumentation. Bisher hatten diverse Zeugen, darunter der damalige Aussenminister Jack Straw, erklärt, der Krieg wäre illegal gewesen, wäre es nur um die «Auswechslung eines diktatorischen Regimes» gegangen. Entscheidend sei das Argument der «Entwaffnung» Saddams gewesen. Straw hatte erklärt, er hätte sonst dem Angriff nicht zugestimmt – und das Parlament wohl auch nicht. Blair sagte nun, es handle sich um «zwei Ausdrücke für das gleiche Ziel». Zudem bestätigte der Expremier, er habe

Präsident Bush bereits im April 2002, fast ein Jahr vor dem britischen Entscheid für den Krieg, zugesichert, sein Land würde den USA militärisch beistehen.

Einen Fehler gestand Blair ein: die Behauptung, Saddam könnte Massenvernichtungswaffen innerhalb von 45 Minuten einsetzen. Darauf hätten die Medien stark fokussiert, und er hätte dies später korrigieren müssen. Er habe vom Geheimdienst überzeugende Informationen erhalten, die nie aufgedeckt worden seien. «Ich glaubte, dass es im Irak ohne Zweifel Massenvernichtungswaffen gab.» Gefunden wurden diese aber nie.

Terrorismus Analyse von Werner van Gent

«Säkularisierung ist notwendig»

Ein Rechtsstaat, jedoch ohne westliche Hilfe. Dies ist für Korrespondent Werner van Gent das probate Mittel gegen den islamischen Terrorismus.

Silvan Kämpfen

Sein Referat im Zürcher Restaurant Lakeside beendete Werner van Gent, wie er es begonnen hatte: Wenn der aus Printmedien, Radio und Fernsehen bekannte Korrespondent von Städten wie Buchara, Damaskus oder Samarkand erzählt, gerät er ins Schwärmen. Kulturell habe der Islam enorm viel zu bieten, und die Menschen seien wirklich herzlich. Dies wollte van Gent am Donnerstagsabend an der Veranstaltung des Swiss Efficiency Club vermitteln und nebenbei Werbung machen für seine Spezialreisen «Treffpunkt Orient».

Doch auch wenn van Gent findet, man müsse nichts dramatisieren und die latente Angst ablegen: Zu viel hat er erlebt, als dass er über das Terror-Problem des Islams hinwegsehen könnte. Am Beispiel von Pakistan erläuterte van Gent, wie der Sufismus und der Volksislam gegenüber einem radikalen Islam zurückgedrängt werden können. Die Kolonialisierung habe dazu geführt, dass viele Pakistani gegenüber dem Westen keinerlei Kompromisse mehr eingehen wollten. Die Ablehnung jeglichen Dialogs mit dem Westen ist auch die Grundlage für heutige Terroristen wie etwa Al-Qaida.

Ein Patentrezept gegen den islamischen Terror kennt van Gent nicht. An einem führt für ihn jedoch kein Weg vorbei: «Alle vom Terror geplagten Länder, in denen ich war, haben dasselbe Problem. Es fehlt ein Rechtsstaat.» Moderatorin Esther Girsberger fragte ihn nach seinem Referat, wie man diesen herbei-

führen könnte. «Dafür ist eine Säkularisierung notwendig», sagte van Gent. Er ist aber nicht der Meinung, dass der Westen aktiv sein müsse. «Militärische Aktionen führen zu nichts. Das haben wir in den letzten acht Jahren gesehen. Und wer korrupte Regimes mit Geld unterstützt, nährt den Terrorismus nur zusätzlich.» Vielmehr müssten die einzelnen Gesellschaften selbst einsehen, dass die Säkularisierung der richtige Weg sei. Dieser sei zwar weit, führe aber eher ans Ziel als westliche Intervention.

Bei Ländern wie dem Iran ist van Gent guten Mutes, dass der wirtschaftliche Druck irgendwann zu gross wird und die Religion nicht mehr staatstragend sein kann. Schliesslich wollten die meisten Muslime einfach ein gutes Leben führen und interessierten sich kaum für die grosse Politik. Auch in den Emiraten sieht er eine positive Entwicklung. Zum ersten Mal seit dem 12. Jahrhundert bemühe man sich dort, auf eigenen Beinen stehen zu können. Saudi-Arabien hätte diese Möglichkeiten auch, unternehme aber nichts in dieser Richtung.

«Unsägliches» Minarett-Verbot

Während des Abends kam van Gent mehrmals auf das Minarett-Verbot zu sprechen, das er als «unsäglich» bezeichnete. Die Folgen für die Schweiz seien aber nicht weitreichend. In der Türkei beispielsweise werde das Ergebnis mehr als ein Nein von Europa als von der Schweiz im Speziellen angesehen.



Werner van Gent.

Zypern

Ban ist nicht willkommen

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon wird am Sonntag nach Zypern reisen, um den seit Jahren festgefahrenen Versöhnungsgesprächen neuen Schub zu verleihen. Der südkoreanische Diplomat wolle die Führer der griechischen und türkischen Volksgruppen, Dimitris Christofias und Mehmet Ali Talat, persönlich fragen, «was er tun könne, um (endlich) Fortschritte zu erreichen», teilte Sprecher der Vereinten Nationen gestern in Nicosia mit. Willkommen auf der geteilten Insel ist der Generalsekretär offenbar nicht. Die griechisch-zypriotische Seite, heisst es in einem Leitartikel der «Cyprus Mail», sei gegen den Besuch gewesen. Selbst geringste Fortschritte bei den Verhandlungen, behauptet das griechisch-zypriotische Blatt, würden bei den (griechischen) Politikern Paranoia auslösen und von ihnen negativ interpretiert werden. Die Angst vor einer Veränderung des Status quo, den Moon mit seiner Intervention herbeiführen könnte, sei gewaltig.

Ganz andere Töne kommen dagegen aus dem türkisch-zypriotischen Norden. Mehmet Ali Talat, der Präsident der nur von der Türkei erkannten «Türkischen Republik Nord-Zypern», braucht Fortschritte bei den Verhandlungen, um im April wiedergewählt zu werden.

Nahost

Ranghoher Hamas-Führer ermordet

In Dubai ist ein ranghoher Militärführer der radikal-islamischen palästinensischen Hamas ermordet worden. Der 50-jährige Mahmud al-Mabhuh sei am 20. Januar in seinem Hotelzimmer tot aufgefunden worden, erklärte ein Sprecher in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die Behörden würden mehrere Personen verdächtigen, von denen «die meisten» Reisepässe europäischer Länder bei sich hatten. In einer in Gaza veröffentlichten Erklärung drohte die Hamas mit Vergeltung für den «Märtyrertod» Al-Mabhuhs. Die Isdedin-al-Kasam-Brigaden, zu deren Gründern der Getötete gehörte, würden zu «geeigneter Zeit und an geeignetem Ort» zurückschlagen. Israel nahm zu den Anschuldigungen der Hamas offiziell bislang nicht Stellung. Al-Mabhuh stammte aus dem Flüchtlingslager Dschabalija im Norden des Gazastreifens. Nach eigenen Angaben war er an mehreren Anschlägen gegen Israel beteiligt und mehrmals in israelischen Gefängnissen inhaftiert. (dpa)

In Kürze

Präsident nicht abgelöst

Abuja. Das Oberste Gericht in Nigeria hat eine vorübergehende Ablösung des erkrankten Präsidenten Umaru Yar'Adua abgelehnt. Das Gericht wies am Freitag einen Antrag nigerianischer Anwälte zurück. Yar'Adua wird in einem Spital im saudi-arabischen Dschiddah wegen Herzproblemen behandelt. (afp)

Entwurf für Iran-Sanktionen

Washington. Im Streit um das iranische Atomprogramm rücken neue Sanktionen der USA näher. Der US-Senat hat für einen Gesetzesentwurf gestimmt, der Strafen für Firmen vorsieht, die den Iran mit Treibstoffen oder anderen veredelten Treibstoffen beliefern. (afp)

Moldawier einbürgern

Bukarest. Moldawier sollen in Zukunft schneller als bisher die Staatsbürgerschaft des benachbarten Rumänien erhalten. Die rumänische Regierung beschloss am Freitag in Bukarest per Eildekret die Gründung eines Nationalen Amtes für Staatsbürgerschaft. (dpa)

Lagerung von Atommüll

Washington. Präsident Obama hat die Einberufung einer Kommission angeordnet, die vor dem geplanten Bau neuer AKW Vorschläge zum künftigen Umgang mit atomaren Abfällen machen soll. (afp)